

LAG SELBSTHILFE NRW e.V., Neubrückenstr. 12 – 14, 48143 Münster

Landtag Nordrhein-Westfalen
Enquete-Kommission IV

Landesarbeitsgemeinschaft
SELBSTHILFE von Menschen mit
Behinderung und chronischer
Erkrankung und ihren Angehörigen
Nordrhein-Westfalen e.V.

Neubrückenstraße 12-14
48143 Münster

27. Januar 2021

Telefon: 02 51- 4 34 00
Telefax: 02 51- 51 90 51

E-Mail:
info@lag-selbsthilfe-nrw.de

Internet:
www.lag-selbsthilfe-nrw.de

Geschäftsführender
Vorstand

Brigitte Piepenbreier
Vorsitzende

Bernd Kochanek
1. Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Cornelia Tollkamp-Schierjott
2. Stellvertretende Vorsitzende

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Anfrage zur Anhörung der Enquete-kommission IV „Einsamkeit“ zum Thema „Herausforderungen für bürgerschaftliches Engagement“.

Die LAG SELBSTHILFE NRW ist der Dachverband der Selbsthilfe in Nordrhein-Westfalen Träger verschiedener Projekte zur politischen Partizipation von Menschen mit Behinderung (zuletzt Politische Partizipation Passgenau, vgl. hierzu: <http://www.lag-selbsthilfe-nrw.de/projekt/politische-partizipation-passgenau/>)

Vor diesem Hintergrund haben wir die untenstehenden Fragen beantwortet und hoffen, dass wir so zum Gelingen der Enquetekommission beitragen können. Wir würden uns freuen, über den weiteren Verlauf der Kommission und den Abschluss informiert zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Brigitte Piepenbreier'.

Brigitte Piepenbreier

Vorsitzende

1) Wie ist es in Nordrhein-Westfalen um bürgerschaftliches Engagement bestellt?

Im Bereich der politischen Partizipation auf kommunaler Ebene lässt sich sagen, dass die Zugänge zur Politik und die Beteiligung sehr barrierebehaftet und unattraktiv sind, insbesondere für Menschen mit Behinderungen. Bestehende Interessenvertretungen berichten oft von großen Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung. Besonders schwierig ist es junge Menschen für die Gremienarbeit zu erreichen und zu gewinnen. Ein Grund sind hierfür formalisierte und langwierige Verfahren, die auf junge Menschen abschreckend wirken können. Die richtige Ansprache und Vermittlung von Informationen über die Art des Engagements mögen ein weiterer Grund dafür sein.

Darüber hinaus birgt die Abschaffung des Unterrichtsfachs "Sozialwissenschaften" die Gefahr, zu einer Verödung der Ehrenamts-Landschaft in NRW beitragen zu können. Es ist wichtig, dass Kindern und Jugendlichen schon früh der Wert bürgerschaftlichen Engagements nähergebracht wird und im Rahmen von Unterricht über Themen gesprochen wird, für die man sich engagieren kann. Eine Versteifung auf die Bereiche Wirtschaft und Politik, wie sie das aktuelle Unterrichtsfach vornehmen, blendet die gesellschaftspolitische Kraft von ehrenamtlichem Engagement weitestgehend aus.

2) Hat sich die Situation für bürgerschaftliches Engagement in den letzten Jahren verändert? Wenn ja, wie?

In den zurückliegenden Jahren haben sich zunehmend weniger formalisierte Formen bürgerschaftlichen Engagements bei jungen Menschen (Fridays for Future, Seebrücke etc.) etabliert. Auch im Bereich "Behinderung" ergibt sich daraus eine Zunahme an weniger formalisierten Formen des Behindertenrechts-Aktivismus, insbesondere im Internet. Bestehende formalisierte Formen bürgerschaftlichen Engagements sollten diese neuen Formen des Engagements nicht als eine Bedrohung, sondern als eine Chance begreifen. Es zeigt nämlich, dass insbesondere junge Menschen – entgegen bestehender Annahmen – sehr wohl daran interessiert sind, ihre Umwelt mitzugestalten.

Auch im Bereich der politischen Partizipation zeigt sich, dass niedrigschwellige und weniger formalisierte Möglichkeiten der Teilhabe eine gute Alternative bieten zu beispielsweise einer Mitarbeit in einem festen Gremium. Aus Projekterfahrung lässt sich sagen, dass das Interesse an

einer Beteiligung in themenspezifischen Arbeitsgruppen oft höher ist. Menschen mit Behinderungen haben oftmals zusätzlich zu den normalen Herausforderungen des Lebens einen aufwändigen Alltag. Dies liegt nicht zuletzt auch an einer sehr barrierebehafteten Lebensumwelt. In Arbeitsgruppen, die an Gremien angedockt sind, ist der Grad an Verpflichtung und der Zeitaufwand geringer. Es besteht die Möglichkeit sich punktuell, interessenbezogen und inhaltlich einzubringen, ohne die Hürde der Formalitäten und politischen Kultur in traditionell strukturierten Gremien. Auf der Seite der Verwaltung und Politik fehlt es häufig an Flexibilität in den Gewöhnlichkeitsvorstellungen sowie an Anerkennung der Menschen mit Behinderungen als gleichberechtigte Mitglieder des Gremiums und die Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation. Dies erschwert die Interaktion und Beteiligung enorm. Hinzu kommt, dass es, wenn es um die Selbstvertretung und das Einfordern der Einhaltung von Rechten geht, eine gute Selbstorganisation und Empowerment der Engagierten, abseits etablierter politischer Kultur, erforderlich ist.

Die weniger formalisierten Formen des politischen Engagements sind, im Zusammenspiel mit neue Lebensweisen, Instabilität und Pluralität sowie Anforderungen von Flexibilität und Mobilität an die Einzelperson, charakteristisch für postmoderne Gesellschaften. Sie führen oftmals zu Unsicherheit und einem komplexeren Alltag. Bürgerschaftliches Engagement in festen Strukturen kann zwar zum einen Sicherheit bieten, es wird aber den Anforderungen des Lebens in der postmodernen Gesellschaft oftmals nicht gerecht. Neue Formen des Engagements nutzen neue Freiheiten und Möglichkeiten und bieten mehr Flexibilität. Sie sind deshalb für viele die einzig mögliche Form sich zu engagieren und einzubringen.

3) Welche niedrighschwelligen Angebote eignen sich besonders für den Einstieg in ein bürgerschaftliches Engagement? Gibt es hier Unterschiede bei den Bevölkerungsgruppen (z. B. in Bezug auf Alter, Geschlecht, etc.)? Wie kann die Barrierefreiheit von Angeboten gewährleistet werden?

Besonders für junge Menschen eignen sich Tandems, die in ein ehrenamtliches Engagement einführen. Unter den Fittichen von erfahrenen Engagierten können so Vorbehalte und Unsicherheiten abgebaut werden. Dies gilt einerseits für etablierte Organisationen wie Gewerkschaften, politische Parteien oder Kirchen, kann aber auch für niedrighschwellige kommunale Beteiligungsformen gelten, bei denen junge Menschen chronisch unterrepräsentiert sind.

Darüber hinaus bieten Arbeitsgruppen und Foren gute Möglichkeiten, Menschen einzubinden. Themenbasiertes Engagement wirkt für viele Menschen attraktiv und so können im Rahmen des Engagements Vorbehalte abgebaut werden.

4) Wie ist der Mitgliederrückgang von Kirchen, Gewerkschaften und Vereinen aus Ihrer Sicht zu erklären? Welche Auswirkungen hat dies auf das Gefühl der sozialen Eingebundenheit bzw. auf Einsamkeit?

Da es sich bei der LAG um einen Zusammenschluss von Selbsthilfevereinen handelt, die zudem im Bereich der kommunalen politischen Partizipation arbeitet, besteht hier keine explizite Expertise. Es sei dennoch auf die anderen Antworten verwiesen, die als Erklärungsansätze bereitstehen könnten.

5) Inwiefern kann bürgerschaftliches Engagement die Attraktivität und Lebensqualität von Lebensräumen steigern und ggf. soziale Isolation verringern?

Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune ist bestens geeignet, um die individuellen Lebensumstände zu verbessern, die eigene Lebensqualität zu steigern und den eigenen Lebensraum so anzupassen, dass alle Mitglieder ihn gleichermaßen nutzen können. Nicht umsonst ist es deshalb so, dass die Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein zentrales Betätigungsfeld von politischer Partizipation in den Kommunen darstellt. Es ist wichtig, dass sich Politik und Verwaltung dabei offen zeigen, für die Bedürfnisse und Vorschläge ihrer Bürgerinnen und Bürger. Denn eine Lebensumwelt, die nicht barrierefrei ist, führt unmittelbar dazu, dass Menschen mit Beeinträchtigungen den öffentlichen Raum nicht so nutzen können wie andere Menschen und sich so in den privaten Raum, und schlimmstenfalls in die Einsamkeit zurückziehen (müssen).

Um den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass er für alle Menschen zur Verfügung steht, ist es wichtig, dass Politik und Verwaltung proaktiv auf diverse Interessengruppen zugehen, um deren Bedürfnisse von Veränderungen im öffentlichen Raum aufzugreifen. Barrieren sind für Menschen, die sie nicht behindern häufig unsichtbar und können nur abgebaut werden, wenn möglichst viele Menschen einbezogen werden.

6) Wer engagiert sich freiwillig und was sind Hürden für ein bürgerschaftliches Engagement?

Politische Teilhabe und das Einbringen von Expert*innenwissen von Menschen mit Behinderungen zu Barrierefreiheit hängen davon ab, ob eine grundlegende Barrierefreiheit in Politik und Verwaltung gegeben ist. Diese ist also Bedingung und Voraussetzung von vollumfänglicher Teilhabe und der erste und wichtigste Schritt. Das Schaffen von Barrierefreiheit und der dazugehörige Austausch mit Expert*innen in eigener Sache sollte demnach bei einer partizipativen Planung oberste Priorität haben. Nicht nur müssen bauliche, strukturelle, kommunikative und psychologische Barrieren, die einer Mitwirkung von Menschen mit Behinderungen entgegenstehen, abgebaut werden. Zudem müssen auch weitgehende Nachteilsausgleiche und Unterstützungsmaßnahmen durch die Kommunen oder entsprechende Ressourcen des Landes, die den Kommunen hierzu bereitgestellt werden, gewährt werden. Dies umfasst Assistenzen, Simultanübersetzung in Gebärdensprache oder Leichte Sprache, (tatsächlich) barrierefreie Dokumente, Übersetzungsleistungen oder zusätzliche Fahrdienste. Sinnvoll wäre eine Standardisierung und damit nach und nach einhergehende Routinisierung der Prozesse, die aus der Planung von Barrierefreiheit einen Normalzustand auch bei allen Verwaltungsabläufen macht. Das Land sollte Vorschläge formulieren, wie die Standardisierung der Prozesse aussehen kann.

Mitglieder einer Selbstvertretung sollten die Möglichkeit haben, sich fortzubilden, um eine repräsentative und wirksame Interessenvertretung bilden zu können. Finanziert und unterstützt werden, müssen deshalb auch Prozesse der Selbstorganisation sowie Bildungsangebote, die Expert*innen in eigener Sache auf die politische Arbeit vorbereiten.

Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen werden oft nicht als relevante Akteursgruppe von politischen Verantwortlichen wahrgenommen oder mitgedacht und es wird ihnen Kompetenz abgesprochen. Die Teilnahme in politischen Kontexten mit ihren etablierten Interaktionsmustern ist deshalb erschwert. Ein grundlegendes Umdenken und ein konstruktiver Umgang mit Diversität in allen Bereichen ist für die erfolgreiche Zusammenarbeit von Verwaltung und Expert*innen in eigener Sache und die Umgestaltung von Strukturen, die inklusiv sind, eine Voraussetzung. Auch hier wären die Schaffung und Standardisierung von entsprechenden Bildungsangeboten zur Bewusstseinsbildung eine sinnvolle Maßnahme.

7) Wie sieht die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben aus und welche Herausforderungen gibt es hier für ein Engagement?

Viele Menschen schrecken vor ehrenamtlichem Engagement zurück, weil sie sich zeitlich nicht binden möchten. Durch die Einsetzung von Arbeitsgruppen im kommunalpolitischen Bereich, aber auch bei anderen großen Trägern des Ehrenamts wie Gewerkschaften, Parteien und Kirchen, kann diesen Vorbehalten begegnet werden. Themenbezogenes Engagement bietet Menschen, die wenig zeitliche Ressourcen haben und sich dennoch engagieren möchten entweder die Möglichkeit, sich zeitlich befristet zu engagieren. Zudem bietet es die Möglichkeit, Expertise aus der hauptamtlichen Tätigkeit gewinnbringend in sein Ehrenamt einzubringen.

Themenbasierte Arbeit steht zudem nicht im Verruf zu formalisiert zu sein, sodass sich Menschen, die eine Aversion gegen lähmende Strukturen haben, sich von einer solchen Form des Engagements angesprochen fühlen.

8) Welche nicht institutionalisierten Formen von bürgerschaftlichem Engagement gibt es und wodurch sind diese gekennzeichnet? Welche spezifischen Chancen und Probleme zeigen sich dort?

Nicht institutionalisierte Formen des Engagements gibt es viele, sei es der Besuch von Demonstrationen, Hilfestellungen für Geflüchtete, Alte oder Menschen mit anderen Schwierigkeiten oder aber auch Formen des digitalen Engagements. So kann man im Bereich der Behinderung zum Beispiel von Engagement sprechen, wenn jemand eine Facebook-Gruppe zu einer Art der Behinderung ins Leben gerufen hat, diese moderiert und pflegt und so vielen Menschen eine wertvolle Plattform zum Austausch bietet. Diese Formen des Engagements eint, dass sie mehr Flexibilität für die Engagierenden versprechen, gleichzeitig aber weniger Sicherheit und Verlässlichkeit im Hinblick auf den Aufbau sozialer Kontakte bieten. In solch losen Formen des Engagements sind die Kontakte weniger konstant und es gibt weniger Gelegenheit zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen, die über das Engagement hinaushalten und so einer Vereinsamung vorbeugen. Im Bereich der Selbsthilfe ist es also wichtig, dass Menschen dort den Schritt aus der nicht institutionalisierten Form des bürgerschaftlichen Engagements im Internet heraustreten und sich in bestehenden oder neuen Selbsthilfevereinen zusammenschließen. Vonseiten der Politik bzw. der Krankenkassen müssen diese Formen des bürgerschaftlichen Engagements weiterhin gefördert werden.

9) Welchen Chancen und Herausforderungen begegnet bürgerschaftliches Engagement im digitalen Raum?

In Bezug auf den Umgang mit Beeinträchtigungen und körperlichen Beeinträchtigungen sind Selbsthilfegruppen im Zusammenspiel mit dem Internet besonders wichtig. Gerade mit Blick auf medizinische Diagnosen kann die eigenständige Recherche im Internet extrem verunsichern. Wenngleich das Internet viele Antworten auf gesundheitliche oder andere behinderungsrelevante Themen gibt, so darf nicht übersehen werden, dass der gegenseitige Austausch, das gesellige Beisammensein, die gemeinsamen Aktivitäten außerhalb des Gruppenraumes nicht durch das Internet ersetzt werden können.

Im Umgang mit einer neuen Diagnose kann so durch die Recherche im Internet und die daraus resultierende Verunsicherung auch Einsamkeit entstehen, da Menschen sich zurückziehen, weil sie mit der Situation überfordert sind. Hier setzen Selbsthilfegruppen an, weshalb sie noch mehr in die medizinische Behandlung eingebunden werden sollten.

Gleichzeitig bietet das Internet auch große Möglichkeiten für die Selbsthilfe. Durch Internetauftritte und Engagement in den sozialen Medien werden Menschen an ein Engagement in der Selbsthilfe herangeführt, denen dies bisher nicht bekannt war. Dies führt zu Erweckungserlebnissen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Menschen mit ihrer Beeinträchtigung in ihrem persönlichen Umfeld bisher nicht kannten und bei denen sich daraus auch Einsamkeit einstellen kann, da sie sich unverstanden fühlen. Durch den virtuellen Kontakt mit Menschen in der gleichen Lebenslage fühlen sie sich besser verstanden und treten aus der Einsamkeit heraus. Nicht selten führt dies zu ehrenamtlichen Engagement in der Selbsthilfe.

10) Welche Rolle spielt bürgerschaftliches Engagement bei der Stärkung sozialer Beziehungen und für die Prävention und Überwindung von Einsamkeit?

Als Dachverband der Selbsthilfe kann hier auf den gesellschaftlichen Wert der Selbsthilfe eingegangen werden.

Selbsthilfegruppen entstehen in der Regel auf Initiative einzelner Personen, die sich mit Menschen mit dem gleichen Problem, der gleichen Erkrankung oder Behinderung zusammenschließen, sich gegenseitig unterstützen. Sie bieten eine Plattform zum Austausch mit Menschen, die mit gleichen Herausforderungen konfrontiert sind. Das Verstanden werden

gibt Eltern und Betroffenen das Gefühl, mit Herausforderungen des Alltags, wichtigen Entscheidungen, bspw. im Bereich Gesundheit, Bildung oder Beruf nicht alleine zu sein. Die Gruppenmitglieder erfahren Solidarität und halten die Verbindung auch außerhalb der Zusammenkünfte. In Selbsthilfegruppen bilden sich häufig besonders stabile soziale Kontakte heraus, da die Langlebigkeit von Selbsthilfegruppen dazu führt, dass Kinder und Jugendliche gemeinsam aufwachsen. Dies ist für Angehörige ebenfalls besonders wichtig zu beobachten.

Ein wichtiger Faktor ist das Lernen über Altersgruppen hinweg. Betroffene und Eltern profitieren enorm von dem Kontakt mit älteren Betroffenen im Rahmen einer Selbsthilfe-Gruppe. So können junge Eltern sehen, wie sich das Leben ihrer Kinder entwickeln kann und so Kraft und Zuversicht schöpfen, in Phasen, in denen die Gegenwart besonders herausfordernd und trist erscheint.

Selbsthilfegruppen bieten einen geschützten Raum für Menschen, die mit Herausforderungen bei der Bewältigung des Alltags, Ausgrenzung und Diskriminierung im Alltag konfrontiert sind. Innerhalb dieses geschützten Raums können sie Selbstbewusstsein erlangen, um in der Folge auch im Alltag gestärkt auf andere Menschen zugehen zu können und so Einsamkeit vorzubeugen

Durch das Internet ergibt sich zudem die Möglichkeit den Kontakt zu den anderen Mitgliedern einer nationalen oder regionalen Selbsthilfegruppe zu halten, auch wenn man sich im Alltag nicht begegnet. Dies kann Bindungen, die im Rahmen der Selbsthilfe entstehen, noch weiter stärken.

11) Welche praktischen Herausforderungen haben Anbietende bürgerlichen Engagements? Wie müssen Rahmenbedingungen ggf. angepasst werden? Was könnte aus Ihrer Sicht verbessert werden?

Durch die Expertise von Menschen mit Behinderungen können Fehler in Hinblick auf Barrierefreiheit oder Diskriminierung im Rahmen von politischen Entscheidungsprozessen von vorneherein erkannt und minimiert werden. Dies wird unserer divers geprägten Gesellschaft gerechter bzw. politische Partizipation wird auf diese Weise insgesamt zugänglicher und attraktiver.

Hierzu braucht es allerdings verlässliche Beteiligungsstrukturen, insbesondere in den Kommunen vor Ort, wo die Lebensrealität von Menschen mit und ohne Behinderungen gestaltet wird. In den letzten Jahren haben schon einige Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit der Schaffung von

Behindertenbeiräten Schritte in diese Richtung gemacht. Mögliche Probleme die hierbei jedoch häufig auftreten: Die inklusiven/partizipativen Bestrebungen enden seitens der Kommunalpolitik/-verwaltung an dieser Stelle, die Beiräte werden sich selbst überlassen und müssen sich durch intransparente/komplizierte Strukturen kämpfen, die Beiräte sind keine richtigen Selbstvertretungen, sie haben zu wenig Befugnisse und werden nicht verbindlich und regelmäßig eingebunden. Dies ist oftmals eine Folge von Unsicherheit und Ratlosigkeit seitens der kommunalen Verantwortlichen, die zwar mit dem Konzept "Beirat" etwas anfangen können, jedoch nicht wissen wie dieser in die Kommunalpolitik eingebunden sein könnte und was notwendig ist, damit dieser effektiv und im Sinne der UN-BRK arbeiten kann.

Daher braucht es mehr Aufklärungsarbeit und Modelle, wie vielfältige Zugänge zur Kommunalpolitik geschaffen werden können. Wie diese verbindlich und konsequent umgesetzt werden und wie auch seitens der Bürger*innen mit und ohne Behinderungen Motivation für Partizipation entstehen kann und erhalten bleibt.

12) Welche Gründe geben Personen an, die sich engagieren möchten / was ist die Motivation?

Im Rahmen der Selbsthilfe ist das zentrale Motiv von Menschen sich zu engagieren, dass diese etwas zurückgeben wollen. Vielfach haben sich sowohl Angehörige, wie auch Betroffene im Kreis einer Selbsthilfegruppe in schweren Situationen gut aufgehoben gefühlt und möchten dies an andere Angehörige und Betroffene weitergeben. Zum Beispiel engagieren sich Kinder und Jugendliche, die im Verlauf ihres Heranwachsens von der Arbeit der Selbsthilfe profitiert haben, überproportional häufig später selbst ehrenamtlich, meist in dem von ihnen bekannten Selbsthilfeverband. Um dieses wertvolle Potenzial zu nutzen, ist es wichtig, dass Politik und Verwaltung das Fortbestehen entsprechender Verbände unterstützt, denn ist solch ein Gebilde einmal auseinandergebrochen, fällt es schwer, das ehrenamtliche Potenzial erneut zu reaktivieren.

Zudem wollen Menschen sich vor Ort engagieren, um zu Veränderungen in ihrem Sinne beizutragen. Dies bezieht sich im Personenkreis der Menschen mit Behinderung häufig auf die oben angesprochenen Themen Barrierefreiheit und öffentlicher Raum. Barrierefreiheit ist andererseits aber auch die notwendige Bedingung für bürgerschaftliches Engagement.

13) Womit haben Sie gute Erfahrungen gemacht, um bürgerschaftliches Engagement zu stärken?

Im Rahmen der Selbsthilfe wurden gute Erfahrungen damit gemacht, dass Kinder und Jugendliche niederschwellig an bürgerschaftliches Engagement herangeführt werden. So kann die Übernahme von kleinen Aufgaben innerhalb der Organisation und Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen der Schritt in ein langfristiges und zusehends verantwortlicheres Ehrenamt sein.

Zudem ist es hilfreich, wenn Organisationen ab einer gewissen Größe Unterstützung durch hauptamtlich Beschäftigte erhalten. Es darf nicht zu der Situation kommen, dass gut funktionierende Organisationen bürgerschaftlichen Engagements, in der Selbsthilfe oder in anderen Bereichen, nicht fortgeführt werden können, weil sie den ehrenamtlich Engagierten „über den Kopf wachsen“. Hierzu bedarf es Fördermittel, sodass Ehrenamtliche entlastet werden.

Im Land Nordrhein-Westfalen ist darauf zu achten, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sichergestellt ist. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch das Bereitstellen von Räumen, Infrastruktur, Unterstützung und Geldern muss unabhängig von der kommunalen Kassenlage sein. Denn nur in einem solchen Umfeld sind Menschen auch bereit sich zu engagieren.